



Wie es mit dem Islamischen Unterricht in Bayern weitergeht, ist ungewiss.

FOTO: FRANK RUMPENHORST/DPA

Islam auf dem Stundenplan

BILDUNG Religionsunterricht lieber in einer staatlichen Schule als in der Hinterhofmoschee: In Ostbayern wird das bereits praktiziert – mit einigem Erfolg. Jetzt wird um die Zukunft gestritten.

VON KATIA MEYER-TIEN

Mehmet Yalcin kann planen bis zum 31. Juli 2019. Ob er danach seine Schüler in Weiden, Neumarkt und Freystadt weiter unterrichten kann, weiß er nicht. „Ich habe gar nichts momentan, ich hänge nicht einmal in der Luft“, sagt der Islamlehrer. Dabei schwingt Ärger genauso in seiner Stimme mit wie Ratlosigkeit. „Ich würde sehr gerne weitermachen. Nach zehn Jahren einen Strich zu ziehen, wäre ein Riesenverlust für Bayern“.

Mehmet Yalcin ist einer von rund 100 Lehrern, die momentan an etwa 350 bayerischen Schulen Islamischen Unterricht lehren. Noch. Denn dem Projekt, das eigentlich alle beteiligten Seiten als großen Erfolg werten, droht in diesem Sommer das Aus.

Der Islamische Unterricht wird in Bayern seit dem Schuljahr 2009/2010 als Modellversuch angeboten. Der Versuch war zunächst befristet auf fünf Jahre und wurde dann – nach positiver Evaluation – um fünf Jahre verlängert. Noch Anfang 2018 hieß es vom damalige Bildungsminister Ludwig Spaenle (CSU), der Unterricht solle fortgeführt und erweitert werden. Doch dann kam die Landtagswahl, Stillstand, niemand wollte das hochemotionale Thema in den Wahlkampf ziehen. Und seither herrscht: Schweigen. Der Modellversuch solle evaluiert, eine Entscheidung über das weitere Vorgehen „nach dem vorgesehenen Ende des Modellversuchs im Sommer 2019“ getroffen werden, heißt es auf Anfrage aus dem Kultusministerium.

Mehmet Yalcin wäre dann wahrscheinlich schon weg. „Es ist fünf vor zwölf“, sagt Simone Fleischmann, Präsidentin des Bayerischen Lehrerinnen- und Lehrerverbandes, kurz BLLV. Sie fürchtet, ohne klare Perspektive könnten die gut ausgebildeten Islamlehrer wie Yalcin abwandern. Eine Fortführung oder gar Ausweitung des Islamischen Unterrichts wäre dann gar nicht mehr möglich.

Dabei sind die Erfahrungen gut, berichtet zum Beispiel Maria Hofmeister, Rektorin an der Kelheimer Grundschule Nord. Von 51 muslimischen Kindern

besuchen hier 46 den Islamischen Unterricht, das Angebot werde „sehr gut angenommen“, sagt sie. In zwei Gruppen werden die Kinder hier unterrichtet, parallel zum katholischen Religionsunterricht. Das größte Problem sei, dass es nur einen Lehrer gebe, der an mehreren Schulen gleichzeitig unterrichten müsse: „Die Stundeneinteilung ist ein Riesenkraxel.“

Das berichtet auch Islamlehrer Mehmet Yalcin, der mit vier Kollegen den Unterricht in der gesamten Oberpfalz abdecken muss. Er selber ist an sieben Schulen gleichzeitig – und unterrichtet dort auch Schüler von anderen Schulen, an denen kein Islamischer Unterricht angeboten wird. Nur etwa 15 Prozent aller muslimischen Schüler in Bayern können überhaupt am Islamischen Unterricht teilnehmen, gerade an weiterführenden Schulen gibt es nur wenige Angebote. „Die Schulen, an denen ich unterrichte, sind sehr froh, dass ein Islamlehrer da ist“, sagt Yalcin.

Nur positive Rückmeldungen

Der bildungspolitische Sprecher der Grünen, Thomas Gehring, hält es daher auch für notwendig, den Unterricht fest zu verankern. „Kinder, die aus einem religiösen Umfeld kommen, brauchen religiöse Bildung. Und wir wollen, dass sie die in einer staatlichen Schule bekommen unter staatlicher Aufsicht, von staatlich ausgebildeten Lehrern. Und nicht in einer Hinterhofmoschee oder Hinterhofkirche“.

In der SPD sieht man das ähnlich. Deren Regensburger Landtagsabgeordnete Margit Wild jedenfalls kann das Zögern im Kultusministerium nicht nachvollziehen. Aus den Schulen bekomme sie nur positive Rückmeldungen, das Modell sei erprobt. „Es geht doch darum, dass die Schüler ihre Wurzeln finden und informiert werden, das ist doch in keinster Weise etwas Gefährliches“, sagt sie. Die Nicht-Entscheidung zum Islamischen Unterricht hält sie für Wasser auf den Mühlen der Rechtspopulisten.

Offen gegen eine Fortführung des Islamischen Unterrichtes positioniert hat sich die AfD. Der allerdings kommt mit dem Vorsitz des Bildungsausschus-

ses im Landtag eine besondere Rolle im Entscheidungsprozess zu, wobei der Ausschussvorsitzende Markus Bayerbach auch auf mehrfache Anfrage zum Thema nicht reagiert. „Der Islam als politische Ideologie ermöglicht (...) keine kritische Auseinandersetzung mit seinen Inhalten. Ihm darf deshalb kein Platz an den bayerischen Bildungseinrichtungen eingeräumt werden“, heißt es im AfD-Landtagswahlprogramm.

Tatsächlich geht es im Islamischen Unterricht allerdings weniger um den Islam als politische Ideologie als vielmehr darum, Kindern einen altersgemäßen Zugang zu ihrer eigenen Religion, aber auch ein Verständnis für andere Religionen zu ermöglichen. Und ihnen darüber hinaus die Grundlagen zu vermitteln für das „Zusammenleben mit anderen im freiheitlich-demokrati-

schon Rechtsstaat“. So steht es im Lehrplan.

Um den wurde viel gerungen, um Themen ebenso wie um Darstellungen in den Schulbüchern, erzählt BLLV-Präsidentin Fleischmann, die den Prozess von Anfang an begleitet hat. Religionsunterricht muss in Deutschland laut Grundgesetz „in Übereinstimmung mit den Religionsgemeinschaften“ erteilt werden“.

Allerdings gibt es keine Vereinigung in Deutschland, in der alle Muslime vertreten sind – was einer der Gründe ist, warum der Islamische Unterricht nicht Religionsunterricht heißen darf. In Bayern ist es eine Fachkommission, die sich, wissenschaftlich begleitet und in Zusammenarbeit mit den Muslimen vor Ort, müht, die richtige Balance zu finden zwischen den Vorstellungen tra-

ditioneller Muslime und der Anforderung, „muslimische Kinder auf ihr Leben als Bürger der Bundesrepublik Deutschland vorzubereiten“. Das Ergebnis ist ein Islamischer Unterricht unter staatlicher Kontrolle, gehalten in deutscher Sprache von staatlich geprüften muslimischen Lehrern.

Am Anfang, erzählt Islamlehrer Mehmet Yalcin, als der Islamische Unterricht bzw. seine Vorläufer die bis dahin verbreitete „Religiöse Unterweisung muslimischer Schüler in türkischer Sprache“ ablöste, seien viele türkische Eltern irritiert und skeptisch gewesen. „Aber es gibt den Islam ja nicht nur in der Türkei. Und außerdem ist es an einer deutschen Schule selbstverständlich, dass der Unterricht auf Deutsch ist“, sagt Yalcin. „Wenn man das so erklärt hat, haben es die Leute auch in kürzester Zeit akzeptiert.“

Anderes Verständnis von Religion

Auch der Bayerische Elternverband (BEV) würde es begrüßen, wenn das Projekt fortgeführt würde. Henrike Paede, stellvertretende BEV-Vorsitzende, erzählt, dass es zwar auch Eltern gebe, die Gelder lieber dort investiert sähen, wo es allen Schülern nutzt und nicht nur den muslimischen. „Aber ich glaube nicht, dass das die richtige Idee ist.“ Der Islamische Unterricht biete die Möglichkeit, muslimischen Kindern nahezubringen, dass das Verständnis von Religion in Deutschland ein anderes ist, als in vielen islamischen Ländern, in denen Religion und Staat viel enger verbunden sind. „Da geht es auch um den großen Komplex der Demokratieziehung, der ohnehin oft zu kurz kommt.“ Für sie ist der Islamische Unterricht damit auch ein Schutz vor Radikalisierung.

Der bayerische Innenminister Joachim Herrmann (CSU) geht sogar noch einen Schritt weiter. Der Islamische Unterricht, sagte er bei einer Veranstaltung im Dezember, wirke integrativ und präventiv. Und sei deshalb auch „Teil des Gesamtkonzepts der Staatsregierung zur Prävention gegen den Salafismus“. Er werde sich „dafür einsetzen, dieses Projekt unbedingt und dauerhaft“ fortzusetzen.



Mehmet Yalcin gibt in mehreren Schulen in der Oberpfalz Islamischen Unterricht. FOTO: YALCIN



Um Darstellungen in den Schulbüchern wurde viel gerungen. FOTO: OLIVER BERG/DPA



„Dass die Schüler ihre Wurzeln finden und informiert werden, das ist doch nichts Gefährliches.“

MARGIT WILD
MdL aus Regensburg, SPD